

Psychotherapeuten wehren sich

In Freiburg demonstrieren Psychotherapeuten gegen finanzielle Kürzungen. Sie sagen: Durch die Maßnahmen kann es zu längeren Wartelisten und Nachteilen für gesetzlich Versicherte kommen.

■ Von Anouk Schaich

FREIBURG IM BREISGAU Unter dem Motto „Psychotherapie sichern“ sind am vergangenen Samstag hunderte Psychotherapeuten und Unterstützer auf die Straße gegangen. Sie wollten sich mit dem Protest gegen geplante Honorarkürzungen für Psychotherapeuten wehren. Mit der Parole „Kürzungen im ganzen Land, unsere Antwort Widerstand“ setzten die Demonstrierenden mit bunten Regenschirmen und Plakaten ein Zeichen für den Bedarf von Psychotherapie. Betroffene Psychotherapeuten kennzeichneten sich mit „Therapissed“-Aufklebern auf der Brust.

Mit dabei war auch die Bezirksvertreterin des Berufsverbands für Psychotherapeutinnen Baden-Württemberg (bvvp-BW) Anne Dormann. Mit einer roten Karte mit der Aufschrift „Minus 4,5 Prozent ist eine Frechheit!“, verließ sie ihrem Ärger Ausdruck. „Wir finden das sehr ungerecht. Das ist ein absolutes Novum und ein Skandal“, so Dormann.

Der Hintergrund: Mitte März wurde in einem erweiterten Bewertungsausschuss eine Honorarsenkung um 4,5 Prozent beschlossen. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) forderte Kürzungen, die kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) stellte sich dagegen. Ab dem 1. April sollen nun Honorare von Psychotherapeu-



Am Wochenende gab es eine Kundgebung unter dem Motto „Psychotherapie sichern!“ auf dem alten Platz der Synagoge in Freiburg.

ten gekürzt werden.

Mit dem Beschluss finden erstmals solche Honorarkürzungen statt. Die GKV begründet die Kürzungen mit einem überproportionalen Anstieg der Honorare in den letzten Jahren. Zusätzlich sei die Kasse mit den Leistungen der Branche unzufrieden – sie kritisiert die psychotherapeutische Versorgungslage.

In Freiburg waren bei der Kundgebung bedeutende psychotherapeutische Verbände vertreten, unter anderem die Kreispsychotherapeutenvereinigung (KPS) Freiburg, der Berufsverband für Psychotherapeutinnen Baden-Württemberg (bvvp-BW), sowie die deutsche Psychotherapeu-

tenvereinigung (DPTV). In Vorträgen teilten die Vertreter der Verbände ihren Frust und riefen zum Zusammenhalt auf. Ihre Befürchtung: Die Honorarkürzungen könnten sich auf die therapeutische Versorgungslage auswirken und soziale Ungleichheiten verstärken. „Wir befürchten, dass sich einige Kollegen überlegen würden, mehr private Patienten zu versorgen oder gar die Niederlassungen gegebenenfalls auch früher aufzugeben“, sagt die Freiburger Psychotherapeutin Ilina Maier. „Das alles macht es weniger attraktiv für zukünftige Psychotherapeuten.“

Der Freiburger Psychotherapeut und Vorsitzender der Kreispsychotherapeu-

tenchaft Freiburg Barnabas Ohst sieht noch ein weiteres Problem: Da in der Berufsgruppe der Psychotherapeuten überproportional viele Frauen tätig seien, könne das zusätzlich den Gender-Pay-Gap vergrößern. Auch deshalb war er am Samstag vor Ort, um die Kundgebung zu unterstützen.

Der Beschluss der Honorarkürzungen zeige laut Ohst den gesellschaftlichen Stellenwert der Psychotherapie: „Das ist eine beispiellose Entwertung der Psychotherapie und in meinen Augen letztlich auch eine völlige Invalidierung und Bagatellisierung des Leids von Millionen Menschen in Deutschland, die unter psychischen Belastungen und psychischen Störungen leiden. Sie sind dringend darauf angewiesen, dass es ausreichend Therapieplätze gibt.“

Petition soll eingereicht werden beim Bundestag

Ohst begründet den Anstieg der Honorare für Psychotherapeuten in den letzten Jahren damit, dass von allen Arztgruppen Psychotherapeuten mit Abstand am wenigsten verdienen würden. Der Abstand habe sich in den letzten Jahren durch die Honorarerhöhung angenähert. „Das jetzt als Grund zu nehmen, um sie wieder abzusenken, ist eine total absurde Logik“, so Ohst.

Nun sollen weitere Maßnahmen folgen: Auf der Freiburger Demonstration berichtete der Psychotherapeut und Landesvorsitzende der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung Sven Berendes, dass eine Petition beim Bundestag eingereicht werden soll. „Wir möchten alle Kollegen auffordern, sich zu solidarisieren und es weiter zu tragen“, animierte Berendes.